

Die Landeshauptstadt Innsbruck sucht

eine Sachbearbeiterin/ einen Sachbearbeiter

für das **Referat „Wasser- und Anlagenrecht“** als Karenzvertretung in Vollbeschäftigung zum baldigen Eintritt.

Aufgabenstellung:

- Verwaltungsstrafverfahren nach der Gewerbeordnung (samt Nebengesetzen)
- Erstellung von Bescheiden, Strafverfügungen und sonstigen Schriftstücken
- Abwicklung des Parteienverkehrs, von Einvernahmen und Lokalaugenscheinen
- Beratung in rechtlichen Belangen
- Aktenverwaltung

Allgemeine Erfordernisse:

- Matura

Besondere fachliche und persönliche Voraussetzungen:

- profunde Anwendungskennntnisse im MS Office-Produktumfeld
- souveräne Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift
- Teamfähigkeit und hohe soziale Kompetenz
- selbstständiger und genauer Arbeitsstil
- kommunikative Fähigkeiten und gute Umgangsformen
- Belastbarkeit und Stressresistenz, hohe Einsatzbereitschaft und Flexibilität

Zusätzlich erwünscht:

- Kenntnisse des Verwaltungsverfahrens

Entlohnung:

Der zu besetzende Dienstposten ist in der Entlohnungsgruppe b eingereiht. Das monatliche Mindestentgelt beträgt auf Basis von Vollbeschäftigung € 2.438,70 brutto, dieses kann sich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften gegebenenfalls durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie durch sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Bezugs- bzw. Entlohnungsbestandteile erhöhen.

Bewerbung:

Die Stadtgemeinde Innsbruck strebt eine Erhöhung des Frauenanteiles an. Frauen sind deshalb besonders eingeladen sich zu bewerben.

Interessierte richten ihre entsprechend belegte Bewerbung unter Anschluss eines Lebenslaufs, der Nachweise der in der Ausschreibung genannten Erfordernisse und der Gründe, die die Bewerberin bzw. den Bewerber für die ausgeschriebene Funktion geeignet erscheinen lassen, schriftlich bis **27. November 2020** an den Stadtmagistrat Innsbruck, Amt für Personalwesen, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck. E-Mail: post.personalwesen@innsbruck.gv.at

Mit Abgabe der Bewerbungsunterlagen bekunden die Bewerberinnen und Bewerber die Bereitschaft zur Teilnahme an internen wie externen Evaluierungsverfahren und die Zustimmung zur automationsunterstützten Verarbeitung ihrer Daten.